

# Lokale Agenda 21 und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung

*Andreas Brunold*

## Der Auftrag von Rio

Alexis de Tocqueville hat als erster die These vertreten, dass die Aufwertung der lokalen Ebene der Demokratie in modernen Gesellschaften innovative Kräfte freisetzt, die in traditionellen Gesellschaften als Ordnungsgaranten wirkten und dadurch Probleme lösten, die auch in heutigen individualisierten Strukturen auftreten. In der gegenwärtigen zivilgesellschaftlichen Diskussion wird diese These vor allem unter dem Begriff des *sozialen Kapitals* thematisiert (Pettenkofer 2001: 44), und weitergehend sieht sich die Kommunalpolitik im 21. Jahrhundert weltweit durch den informationstechnisch-organisatorischen Strukturwandel sowie die Globalisierung von Ökonomie, Kultur und Politik vor komplexe, dynamische, weiträumige und langfristige Gestaltungs- und Steuerungsaufgaben gestellt. Drei komplementäre Aufgaben – die lokale Innovationspolitik im Standortwettbewerb, die lokale Integrationspolitik für den sozialen Zusammenhalt der Kommunen sowie die Nachhaltigkeitspolitik – in Form der Lokalen Agenda 21 – stehen hier im Vordergrund (Mühlich 2000: 281). Daraus folgt, dass die in der westlichen Welt dominierenden Produktions- und Konsummuster kein Modell für die Menschheit darstellen können. Insofern ist der Entwicklungsbegriff von relativer Natur und ebenfalls auf die Länder der nördlichen Hemisphäre anzuwenden. Angesichts der vielfältigen Globalisierungsprozesse kann sich heute keine Kommune – egal ob kleines Dorf oder große Metropole – eine Haltung der *splendid isolation* leisten.

Die Vereinten Nationen haben das Thema der Nachhaltigen Entwicklung (*Sustainable Development*) erstmals im Jahre 1968 aufgegriffen, nämlich auf der *Biosphärenkonferenz* in Paris und der *Konferenz über die ökologischen Aspekte internationaler Entwicklung* in Washington (vgl. Caldwell 1984: 299-308; Barbier 1987: 102). Der Begriff wurde definiert als Modifikation der Biosphäre und des Gebrauchs finanzieller, menschlicher, lebender und nicht-lebender Ressourcen, um menschliche Bedürfnisse und Lebensqualität unter Einbeziehung sozialer, ökologischer und ökonomischer Faktoren zu befriedigen bzw. zu verbessern. Die wechselseitige Abhängigkeit zwischen Umweltschutz und wirtschaftlicher Entwicklung wurde grundsätzlich akzeptiert und bildete die Grundlage für die von den Vereinten Nationen eingesetz-

te „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“, die im Jahre 1987 den Brundtland-Bericht vorlegte und der Definition des *Sustainable Development*<sup>1</sup> zu Popularität verhalf (Hauff 1987: 8, 46). Danach hängen ökologische, ökonomische und soziale Komponenten als Teilsysteme nachhaltiger Entwicklung voneinander ab (Meyers/Waldmann 1998: 291).

Abb. 1: Ziele der nachhaltigen Entwicklung



Die UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro im Jahr 1992 verband dann erstmals die Aspekte von Umwelt und Entwicklung miteinander und verabschiedete als deren Kernstück die Agenda 21 (vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1997), die sich zunächst als Maßnahmenpaket vor allem an die Länder des Südens richtete, während Empfehlungen und Strategien für die erforderliche ökologische Strukturanpassung des Nordens weitgehend fehlten (vgl. Volger 1994: 157). Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung stellt in diesem Sinne eine neue Etappe in der Auseinandersetzung um die ökologischen Grenzen des Wachstums und eines dauerhaft tragfähigen Entwicklungsmodells der modernen Zivilisation dar, was entsprechende Konsequenzen für Wirtschafts- und Sozialsysteme sowie auch Bildungssysteme weltweit nach sich zieht.

In Kapitel 28 der Agenda 21 wird den Kommunen die besondere Verantwortung zugewiesen, das Nachhaltigkeitskonzept auf lokaler Ebene – quasi als eine Aufgabe „kommunaler Außenpolitik“ – umzusetzen. Dieses Konzept kann definiert werden als

<sup>1</sup> „Sustainable Development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“.

Entwicklung, die ökologische, wirtschaftliche und soziale Grundbedürfnisse und Dienste aller Bewohner einer Gemeinde befriedigt, ohne dabei den Fortbestand der natürlichen, gebauten und sozialen Systeme zu gefährden, die für die Erbringung dieser Dienste erforderlich sind und ohne die Chancen für eine zukunftsbeständige Entwicklung in den übrigen Gemeinden der Welt zu beeinträchtigen. (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1998: 17)

## Die Lokale Agenda und ihre Anwendungsfelder

In Kapitel 36 der Agenda 21 wird als politische Umsetzungsstrategie eine generelle Neuausrichtung der Bildung verlangt, die zu einem der wesentlichsten Faktoren auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gestaltung der Gesellschaft werden soll. Der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen griff diese Forderung bereits im Jahr 1994 auf, indem er die *Retinität*, das heißt die Gesamtvernetzung der Kulturwelt mit der Natur, als Schlüsselprinzip des *Sustainability*-Ethos postulierte. Kognition, Reflexion, Antizipation und Partizipation werden dabei als Dimensionen ökologisch orientierter Schlüsselkompetenz benannt (vgl. Sachverständigenrat für Umweltfragen 1994).

Über die umwelt- und entwicklungspolitische Bildung hinaus erfordert eine Bildung für nachhaltige Entwicklung eine Neuorientierung, die auch als „kulturelle Wende“ beschrieben werden kann (De Haan 1995: 19-30). Neben nachhaltiger Produktion und technischen Effizienzsteigerungen geht es dabei um neue Lebensstile und nachhaltige Konsummuster. Diese Veränderungen in den Einstellungs- und Verhaltensweisen können auch mit dem Begriff des Mentalitätswandels beschrieben werden.

Die lokale Umsetzung der Agenda 21 stellt Städte und Gemeinden vor neue Lern- und Veränderungsaufgaben und betrifft vor allem auch die klassischen Sektoren kommunaler Verwaltung, wie beispielsweise die Verkehrsplanung, die Ver- und Entsorgung, die Grünflächen, Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie öffentliche Einrichtungen. Sie wird daher als wirkungsvoller kommunaler Aktionsplan für eine zukunftsbeständige Entwicklung der Kommunen im 21. Jahrhundert angesehen. Eine kommunale Agenda zu entwickeln heißt daher, Teilnehmer, ja Bestandteil einer konzertierten, multilokalen Aktion zu werden und lokale Beiträge zu einer globalen Verbesserung zu leisten (Zimmermann 1997: 27ff.). Dabei sind mit gesellschaftlichen Gruppen vor allem langfristige Handlungsprogramme und zukunftsbeständige Konsensfindungsprozesse über kommunale Leitbilder zu erarbeiten (vgl. Feindt 1997; Gessenharter 1996). Im Planungsprozess sollten Nachhaltigkeitsindikatoren als Kenngrößen entwickelt werden, um durch Umweltqualitäts- sowie Umwelthandlungsziele sowohl die Begrenzung als auch die Reduktion des Ressourcenverbrauchs, wie beispielsweise des Flächenverbrauchs oder des Verkehrsaufkommens, evaluieren zu können (Enquete-

Kommission des Deutschen Bundestages 1997: 54ff.). Ähnliche Vorschläge gehen dahin, in allen kommunalen Handlungsfeldern integrative und innovative Methoden zu implementieren, die verhindern, dass Entscheidungen einseitig nach dem Prinzip des Ressortdenkens gefällt werden (Niemann 1997: 26f.). Die entscheidenden Herausforderungen richten sich jedoch an die gesellschaftlichen Kräfte, nachhaltige Veränderungen in Produktionsprozessen, in Konsum- und letztlich Lebensstilen anzunehmen. Allein diese Ziele drohen das bestehende politische System, das auf kurzfristigen Wahlerfolg programmiert und an permanenter Wohlstandsmehrung aus Gründen der Machterhaltung orientiert ist, grundsätzlich zu überfordern. Neue Bürgerbeteiligungsmodelle sind daher auf gesellschaftliche Lern- und Gestaltungsprozesse angewiesen, die demokratische Innovationen beinhalten müssen.

## Die Lokale Agenda im kommunalen Kontext

Angesichts der chronisch notwendigen Sanierung kommunaler Haushalte werden Umweltmaßnahmen und soziale Programme immer noch als belastende Kostenfaktoren angesehen, denn die Konkurrenz um Wirtschaftsstandorte, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen prägen heute die kommunalen Entscheidungen weit mehr als die konkrete Umsetzung des Leitbildes Nachhaltigkeit. So verwundert es nicht, dass besonders in den Kommunen des Nordens Zielkonflikte zwischen ökologischen und ökonomischen Belangen vorprogrammiert sind und der Bereich der Nord-Süd-Zusammenarbeit eher die Ausnahme ist. Wo Lokale Agenden initiiert werden, weisen sie in der Regel ihren Schwerpunkt im Umweltschutz aus. Hier spiegelt sich wider, was auch national und international nur schwer gelingt, nämlich die Einsicht in die Notwendigkeit von Nord-Süd-Kooperationen in globalen Aufgabenstellungen. Ungeachtet dessen wurde durch Beschluss des Deutschen Bundestages die in Rio eingeleitete kommunale Nachhaltigkeitsstrategie gestärkt (vgl. Deutscher Bundestag 1993).<sup>2</sup>

Ein Vergleich der Ansätze der Lokalen Agenda mit herkömmlichen Vorgehensweisen in der Stadtentwicklung zeigt vor allem Unterschiede dahingehend auf (ICLEI 1996: 6), dass

2 In dem Beschluss heißt es: „Der deutsche Bundestag begrüßt die Aufforderung an die Kommunen der Welt, Konzepte für die nachhaltige Entwicklung öffentlich zu diskutieren und bis 1996 einen Konsens über eine lokale Agenda 21 herzustellen. Der deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dieser neuen entwicklungspolitischen Kraft, die sich vor Ort um die Beteiligung der Bevölkerung durch den umfassenden Aufbau dezentraler Strukturen und Netzwerke kümmert, alle notwendige Unterstützung durch die jeweils zuständigen Einrichtungen zukommen zu lassen.“

1. Wahlperioden und wirtschaftliches Denken auf kommunaler Ebene eher eine kurzfristige Sichtweise fördern. Dem steht die Langfristigkeit des Agenda-Ansatzes gegenüber.
2. das Handlungsprogramm kaum als Weiterentwicklung des Konzeptes der „integrierten Stadtplanung“ angesehen werden kann,
3. das Ziel der Konsensfindung in einer Kommune explizit alle gesellschaftlichen Gruppen einbeziehen muss. Dies geht über bisher praktizierte Partizipationsformen hinaus.

Entscheidendes Handlungskriterium ist dabei das intertemporale und interregionale respektive das inter- und intragenerative Gerechtigkeitsprinzip, nach dem alle gesellschaftlichen Akteure aufgefordert sind, ein Nachhaltigkeitskonzept umzusetzen. Die traditionelle Trennung zwischen Verwaltung und Betroffenen sollte im Sinne eines partizipativen Dialogs aufgehoben werden, um ein neues Politikverständnis zu gewinnen, das sich im Wesentlichen aus dem fehlenden Antizipationsvermögen für zukünftige Ereignisse sowie der Nicht-Linearität von Prozessen ableitet (Majer 1998: 110). Weiter sind die Wege zur Nachhaltigkeit an Innovationen festzumachen, die sich nicht nur auf technisch-ökonomische Effizienz, sondern auch auf verändertes Verhalten, Suffizienzstrategien und Prozesse lernender Institutionen beziehen. Für das Vorsorgeprinzip reicht die bisherige Ausrichtung der Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik in den Kommunen oft nicht aus, da die Nachsorge in ihrer Reichweite und Problemlösungsfähigkeit – beispielsweise bei der Erstellung von Industrie- und Gewerbegebieten auf der ‚grünen Wiese‘ – einen abnehmenden Grenznutzen erzeugt und dabei Infrastrukturmaßnahmen zunehmend teurer werden (vgl. Brunold 1998).

## Die Bedeutung von Indikatoren im Agenda-Prozess

Die Anforderungen an Agenda-Prozesse implizieren nach Kapitel 40 der Agenda 21 die Aufstellung kommunaler Indikatorensysteme, um unter Einbeziehung lokaler Besonderheiten Nachhaltigkeit dezentral messbar zu machen. Im Bereich des ökologischen Sektors sollten die Kommunen deshalb Mengenrestriktionen festsetzen, welche die für sie maximale Inanspruchnahme von Umweltmedien und natürlichen Ressourcen abbilden. Auf dieser Grundlage können Kommunen im Rahmen eines Soll-Ist-Vergleichs überprüfen, inwieweit sie sich nachhaltigkeitskonform verhalten oder nicht. Indikatoren dienen somit der Operationalisierung abstrakter Begriffe wie Umwelt- und Lebensqualität (Sachverständigenrat für Umweltfragen 1994: 142ff.). Diese erfolgt zumeist nach stofflich-objektiven Kriterien, die eine bestimmte materielle Erscheinung valide darstellen (vgl. Born 1997). Hierbei erscheint

es sinnvoll, zeitlich flexible Zielkorridore zur Ausgestaltung der Nachhaltigkeitsstrategien vorzugeben. Eine strikte Trennung ökonomischer von sozialen Indikatoren erscheint oft nicht möglich, da viele relevante Messgrößen gleichartige Bezüge aufweisen und diese darüber hinaus – im Gegensatz zur ökologischen Dimension – auch keinen strikten Knappheitsrestriktionen unterliegen. Damit wird einer der gravierendsten Zielkonflikte bei der Umsetzung von Nachhaltigkeit deutlich, nämlich der durch interkommunale Standortkonkurrenz verursachte Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie, denn Unternehmen können Kommunen bezüglich betrieblicher Umweltschutzstandards gegeneinander ausspielen, so dass die Tendenz zu kommunalem Öko-Dumping besteht oder man gar von der Gefahr eines „öko-ruinösen Standortwettbewerbs“ der Kommunen sprechen kann (Krumm 1999: 11). Eine Lösung des Dilemmas bestünde darin, den kommunalen Finanzausgleich derart umzugestalten, dass nachhaltiges Verhalten belohnt und nicht „bestraft“ würde. Hier kommt die *Public Choice*-Theorie ins Spiel, die nachhaltiges Verhalten nicht von Entscheidungsträgern mit rationalem und nutzenmaximierendem Handeln erklärt sowie Veränderungen hin zu gewünschtem Verhalten in einer steuernden Setzung von Anreizen in den Institutionen sieht. Die Forderung nach 'lernenden' Organisationen muss hier gerade auch dezidiert für Kommunalverwaltungen gelten, insofern diese nachhaltige Bildungsprozesse und partizipative Gestaltungskompetenzen für die Bürgerschaft als nachahmenswerten gesellschaftlichen Output anstoßen und fördern sollten.

Da Indikatoren die komplexe Wirklichkeit mit möglichst präzisen und wenigen Werten abbilden sollen, haben diese zur Messung der Zukunftsbeständigkeit bereits im Prozess ihrer Aufstellung große Bedeutung. Hier wird im Prinzip festgelegt, was in der Kommune konkret unter einer zukunftsbeständigen Entwicklung verstanden wird. Die Auswahl von Indikatoren beinhaltet folglich bereits die Verständigung über kommunale Zielsetzungen. Wird dieser Prozess von verschiedenen Interessengruppen gemeinsam gestaltet, um Konsens über Prioritäten vor Ort zu erzielen, kann die Indikatorenauswahl ein idealer Kristallisationspunkt für eine Leitbilddiskussion sein (Müller-Christ 1998: 168f.). Dazu müssen Indikatoren so weit konkretisiert werden, dass diese datengestützt die erforderlichen Berechnungen oder Erhebungen quantifizierbar ermöglichen. Für ein nachhaltig kommunales Flächenmanagement könnten so beispielsweise die Wechselwirkungen und der angestrebte Nutzen zwischen Gewerbeflächeninanspruchnahme und der Zahl zu schaffender Arbeitsplätze gemessen sowie die Frage einer akzeptablen Verhältnismäßigkeit zueinander untersucht und bewertet werden (Brunold 2000b: 120).

## Anforderungen an Verfahren der kommunalen Bürgerbeteiligung

Für Kommunalpolitiker steht zumeist das Ziel ihrer Wiederwahl im Vordergrund. Inwieweit die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen es erlauben, eine Politik der Nachhaltigkeit zu verfolgen, hängt auch davon ab, welche Motive Politiker sowie Verwaltungsvertreter entwickeln (Volkert 1998: 73). Von daher denken und handeln Kommunalpolitiker oft in Zeithorizonten, die durch Amtsperioden bestimmt sind. In der Regel beansprucht sie Krisenmanagement so sehr, dass für Langzeitorientierung wenig Raum bleibt, weswegen institutionelle Innovationen gefragt sind, die diesen Mangel ausgleichen.

Hauptbegünstigte einer Politik der Nachhaltigkeit sollen künftige Generationen sowie Menschen in den Ländern des Südens sein. Es geht folglich um eine intergenerative und auch um mehr als um eine „geopolitische“ Verteilungsgerechtigkeit (Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 1994: 61). Entsprechend langfristig ausgerichtete Maßnahmen sind mit Blick auf die Sicherung der Wiederwahl von Parlamentariern jedoch wenig geeignet und lassen sich im politischen Wettbewerb um Wählerstimmen nur schwer durchsetzen. So ist die konkrete Politik eher durch eine populistische Anbiederung an die aus Umfragen abgeleitete Mehrheitsmeinung der aktuellen ‚Wählergeneration‘ gekennzeichnet (von Alemann 1996: 8).

Mit der Aufgabe, die kontinuierliche Überwachung (*Monitoring*) und Evaluierung der gefassten Beschlüsse zu übernehmen, fallen Kapitel 28 und 36 im Grunde zusammen, da es sich bei der Lokalen Agenda um eine originäre Bildungs- und Kommunikationsaufgabe innerhalb der örtlichen Gemeinschaft handelt. Die notwendigerweise zu kommunizierenden lokalen Bewertungskompetenzen zur Beteiligung an Nachhaltigkeitsdiskursen können wie folgt zusammengefasst werden (vgl. Müller-Christ 1998: 141-200):

- Vermittlung von Vernetzungs- und Planungskompetenz
- Erwerb von Partizipationsfähigkeit
- Entwicklung von Reflexions- und Kommunikationsfähigkeit bei der Bewertung von Leitbildern und der Etablierung ökologischer, ökonomischer und sozialer Entwicklung
- Fähigkeit zur reflektierten Risikowahrnehmung und -bewertung.

Über den Bereich der Bildung und der lokalen wie auch überlokalen Kommunikation hinaus werden hier Wege der zivilen Politik aufgezeigt, die u.a. einer Wiederbelebung des Allmendedenkens sowie der Etablierung neuer Wohlstandsmodelle große Bedeutung beimessen. Im Umfeld der Kommune wie auch im methodischen Bereich ergeben sich daraus Forderungen nach innovativen Lernformen, wie beispielsweise nach Zukunftswerkstätten, Pla-

nungszellen, Szenario- und Simulationstechniken und Planspielen. Das Schlüsselprinzip der Vernetzung fordert das Selbstverständnis von Bildung für nachhaltige Entwicklung als übergreifende politische Bildung dabei stärker heraus als bisherige Konzepte (vgl. Claußen 1997).

Hier zeigt sich auch der signifikant hohe Einfluss der örtlichen Medien für eine demokratische Entwicklung in den Kommunen. Als Konsequenz hieraus sollte besonderes Gewicht auf Partizipationsmöglichkeiten gelegt werden, denn die Bürgerbeteiligung steht für eine Transparenz der Entscheidungen, die den sonst eher nur zu Wahlzeiten Aufmerksamkeit erhaltenden Gemeinderat vor Probleme stellen kann. So gehen mit einer Lokalen Agenda Elemente von direkter Demokratie in die lokale Politik ein, die hier auch ihre Berechtigung haben. Bürgerbeteiligungsprozesse und politische Innovationen bleiben jedoch abhängig von Verwaltungsspitze und Gemeinderat, auch „harte“ Themen, wie beispielsweise Flächenversiegelung, Fragen der Industrieansiedelung sowie Verkehrsprojekte zuzulassen und diese eventuell auch ernsthaft zur Disposition zu stellen (Brunold 2000a: 29).

Es können somit deutliche Differenzen im Rollenverständnis der verschiedenen Akteure auftreten. So wird in vielen Gemeinderäten und Verwaltungen insgeheim befürchtet, dass quasi ein Nebengremium zum repräsentativ gewählten Gemeinderat eröffnet wird, welches nun seinerseits die Kompetenzen des Rates beschneiden könnte. In der Realität sind Gemeinderäte jedoch oft mit den komplexen Anforderungen in den Gremien überfordert, so dass innovative Impulse und Reformen von dieser Seite häufig ausbleiben.

Durch eine Lokale Agenda könnten die Kommunen tatsächlich von ihrer Bürgerschaft lernen, die vielfach über ein Expertenwissen verfügt, das dem Gemeinderat und der Verwaltung ansonsten verschlossen bliebe. Die Fülle der Aufgaben sowie Informationsdefizite gegenüber der Verwaltung führen oftmals dazu, dass die gemeinderätliche Tagesarbeit mit ihren konkreten Entscheidungszwängen im Vordergrund steht, während langfristige Perspektiven aus dem Blick geraten. Durch diese Erfahrungen sind viele Gemeinderäte skeptisch gegenüber langfristigen Perspektiven geworden, weil sich deren praktischer Gehalt für die eigene Arbeit nicht mehr unmittelbar erschließt. Jedes Agenda-Leitbild steht damit vor dem Problem, dass es auf Bewusstseinslagen kommunaler Gremien trifft, deren Arbeit durch viel konkretere Problemstellungen und Diskussionsweisen geprägt ist. Hier könnten Prüfberichte als institutionelle Anreize für „nachhaltige Gemeinderatsbeschlüsse“ zur Entscheidungsfindung in der Praxis sowie als *Monitoring-* und *Evaluationsinstrumente* für die Erfolgskontrolle des Agenda-Prozesses sehr hilfreich sein. Somit fordert und fördert die Lokale Agenda ein verändertes Politikverständnis, das neue Regelsetzungen für „lernende“ Institutionen favorisiert. Altes traditionelles und neues Politikverständnis können im Vergleich wie folgt gegenübergestellt werden (Brunold 2004: 157):



Abb. 2: Altes, traditionelles vs. neues Politikverständnis

Vergleichspunkte	Altes, traditionelles Politikverständnis	Neues Politikverständnis (Lokale Agenda)
1. Perspektive des Handelns (Wahrnehmung von Politik)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Trennung zwischen lokaler, nationaler und internationaler Politik</li> <li>- von der Gegenwart für die unmittelbare Zukunft denken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- integrativer Ansatz (sozial, ökologisch, wirtschaftlich und demokratisch)</li> <li>- von der Zukunft her (für die Gegenwart) denken und handeln</li> </ul>
2. Maßstab des Handelns (Ethik)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eigen- und Gruppeninteressen werden als Gemeininteresse ausgegeben</li> <li>- taktisches Denken (an kurzfristigen Erfolgen orientiert)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Prinzip der nachhaltigen Entwicklung bezieht künftige Generationen mit ein</li> <li>- strategisches Denken (an langfristigem Wohl interessiert)</li> </ul>
3. Zuständigkeit/Verantwortung für Probleme	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewählte Repräsentanten treffen Entscheidungen für alle/„Verwaltung“ der Bürger durch die Politik</li> <li>- Monopolisierung der Politik durch Parteien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Entscheidungsträger fördern die Wahrnehmung politischer Verantwortung der Bürger für ihr Gemeinwesen</li> <li>- Pluralisierung der Politik/echtes Angebot politischer Gestaltungsmöglichkeiten</li> </ul>
4. Wahrnehmung der Handlungsverantwortung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Deklarationspolitik ohne konkrete Handlungsverpflichtung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Agenda-Prinzip: Was ist konkret von wem/wie/in welchen Schritten/Zeiträumen wann zu tun?</li> </ul>
5. Gestaltung von Problemlösungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Konkurrenzprinzip: Parteien/Lobbygruppen arbeiten nach dem Mehrheitsprinzip gegeneinander</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kooperationsprinzip ist zielorientiert</li> <li>- Orientierung an inhaltlichen Gemeinsamkeiten hilft Blockaden überwinden</li> </ul>
6. Kompetenzförderung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fähigkeit zur Durchsetzung eigener Interessen</li> <li>- Machtorientierung überlagert Sachorientierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Offenheit/Toleranz/ Kommunikationsfähigkeit/Fantasie/Kreativität</li> <li>- Sachorientierung überlagert Machtorientierung</li> </ul>
7. Verfahren der politischen Auseinandersetzung und Durchsetzung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- monologisch/autoritär</li> <li>- personenbezogener Streit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- dialogisch/diskursorientiert</li> <li>- sachbezogener, argumentativer Streit/eine Streitkultur, die Dissens aushält</li> </ul>

Das traditionelle Politikverständnis fördert eine nach wie vor in vielen deutschen Kommunen die Auffassung vorherrschende Einstellung, es seien viele nachhaltige Entwicklungsanstrengungen bereits vor der Implementierung einer Lokalen Agenda in Gang gesetzt worden. Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit jedoch deutlich auseinander, was das ungebrochen positive Selbstbild der deutschen Kommunen, wie es auch immer wieder vom Deutschen Städtetag oder dem Deutschen Institut für Urbanistik verfochten wird, ins Wanken bringt. Den Forschungs-, Bildungs- und Kommunikationsbedarfs schätzen demzufolge nur wenige Kommunen in Deutschland als notwendig oder dringlich ein (Brunold 2001: 27). Ganz entscheidend zum Erfolg einer Lokalen Agenda trägt auch das Engagement von Entscheidungsträgern in der

Verwaltung bei, wie dies immer wieder in Kommunen mit engagierten Bürgermeistern beobachtet werden kann (Reschl 2000: 180). Die Hemmnisse und Erfolgsfaktoren des kommunalen Agenda-Prozesses können wie folgt gegenübergestellt werden (Brunold 2004: 174).

Abb. 3: Hemmnisse vs. Erfolgsfaktoren des Lokale Agenda-Prozesses

Hemmnisse	Erfolgsfaktoren
Profilierungsbestrebungen von Personen und Gruppen	Mitgliedschaft in Netzwerken (z.B. ICLEI)
Unterschiedliche Durchsetzungs- und Umsetzungsstrategien (fertige Lösungen vs. Such- und Lernprozesse)	Glaubwürdigkeit der Träger der Umsetzung, große Anzahl an ‚Verbündeten‘ in der Kommune
Vorstellungen über ‚Lagertheorien‘ (ideologische Verhärtungen und Vorurteile über andere)	Kenntnis der Beziehungsmuster („Netzwerke“) in der Stadt
Zielkonflikte in wirtschaftlichen und sozialen Bereichen wegen Kurzfristorientierung	Engagement wichtiger Persönlichkeiten in der Kommune (z.B. Bürgermeister), Langfristorientierung
Chronischer Termindruck und Zeitmangel der Verantwortlichen, überzogene Erfolgserwartungen Besitzstände und Machtpositionen	Hohe Qualität der Veranstaltungen unter Einbezug der Zivilgesellschaft Gemeinwohlorientierung
Angebliche Entscheidungsblockaden wegen Rahmenbedingungen (z.B. Steuergesetze, globale Märkte)	Unkonventionelles Handeln, taktische Flexibilität bei strategischer Verlässlichkeit der Ziele
Konflikte zwischen Behörden	Durchführung konkreter Projekte
Finanzknappheit und Mangel an Personal	Günstiges Veränderungsklima in der Stadt
Keine Bereitschaft zur Kommunikation („Wirkwissen-alles-Syndrom“)	Betroffenheit herstellen
Vollzug versus Aushandeln	Offenlegung und Öffentlichkeit der Entscheidungen
Leere Versprechungen	Erfolgserlebnisse für alle schaffen
Keine rasch sichtbaren Ergebnisse (Ungeduld)	Agenda-Erstellung als Ereignis, das allen Spaß macht

## Lokale Agenda-Aktivitäten im europäischen und internationalen Kontext

Die internationale Vernetzung der Kommunen schreitet voran, wobei Europa eine Vorreiterrolle bei den Lokale-Agenda-Aktivitäten übernommen hat. Mit etwa 90 Prozent sind die Kommunen in den Industrieländern des Westens stark überrepräsentiert, wovon sich etwa 70 Prozent in Europa konzentrieren. Auf sechs Länder in Nordeuropa – die vier skandinavischen Länder, die Niederlande und Großbritannien – entfallen dabei mehr als zwei Drittel der loka-

len Körperschaften, auf die skandinavischen Länder allein mehr als die Hälfte. Auffällig ist, dass es sich – außer im Falle Großbritanniens – zugleich um Länder handelt, die in der Nord-Süd-Zusammenarbeit traditionell in der Spitzengruppe der Geberländer zu finden sind.

In Deutschland wurde der Zeitplan von Rio trotz wachsender Aktivitäten auf lokaler Ebene nicht annähernd erfüllt (Hermanns 2000: 4). Gleichfalls sind – im Gegensatz zu den nordeuropäischen Ländern – Leitbilddiskussionen sowie Erfolgskontrollen nur sehr eingeschränkt zustande gekommen. So nimmt es nicht wunder, dass die Notwendigkeit zu innovativen Lernprozessen in den Verwaltungen als weniger dringlich eingeschätzt wird. Desgleichen werden Veränderungsmöglichkeiten in der Stadtentwicklungsplanung sowie die Etablierung dauerhafter Verwaltungsreformen durch Lokale-Agenda-Prozesse in deutschen Kommunen so gut wie nicht gesehen.

Auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (World Summit on Sustainable Development, WSSD) in Johannesburg im Jahr 2002 wurde eine kritische Bilanz gezogen. Angesichts der mageren Ergebnisse und der Probleme bei der Umsetzung der Rio-Beschlüsse und der Habitat-Agenda (1996) wurde die Frage laut, ob sich die Triebkraft der großen Weltkonferenzen erschöpft habe. Die Erwartungen von Johannesburg mündeten auf kommunaler Ebene in dem „Aufruf von Johannesburg“, in dem die „Kommunen der Welt“ an nationale Regierungen, internationale Organisationen und die Vereinten Nationen appellierten, ihre Handlungspotenziale für einen „Frontalangriff“ gegen Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung zu stärken (vgl. Johannesburg Call 2002). Sie äußerten sich besorgt darüber, wie sich die Globalisierung auf örtlicher Ebene auswirke, insbesondere im „Süden“ und in Transformationsländern. Durch „Local Action 21“-Programme sollen realistische Handlungspläne im Jahrzehnt nach Johannesburg beschleunigt umgesetzt werden (vgl. Zimmermann 2003).

Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass von den im Dezember 2001 weltweit gezählten 6.416 Agenda-Kommunen allein 2.042 aus Deutschland gemeldet wurden (vgl. von Ruschkowski 2002). Damit hätten zu diesem Zeitpunkt 31,8 Prozent aller Lokale-Agenda-Prozesse weltweit in Deutschland stattgefunden. Im März 2003 lag diese Zahl bei 2.393, was etwa 18 Prozent aller bundesweiten 13.579 kommunalen Gebietskörperschaften entspricht (Brunold 2004: 343). Die Aussagekraft dieser Zahlen ist allerdings begrenzt, da über die Qualität der Prozesse nichts ausgesagt wird und auch die Zahl der Gemeinden in Nordeuropa durch größere Zusammenschlüsse zu Gemeindeverbänden geringer ist. Angesichts der unbewältigten globalen und lokalen Probleme wie auch bezüglich der notwendigen Lösungswege muss festgestellt werden, dass deutsche Kommunalverwaltungen im globalen Maßstab eher kein Modell für innovative Problemlösungsstrategien oder gar eine Vorreiterrolle anbieten können. Ursächlich für diese schleppende Entwicklung ist vor allem deren starke inhaltliche Reduktion auf Umweltaspekte, bei denen dann

oft die Stadtplanungs- und Umweltämter die Richtung vorgeben. Dies kann allgemein als Phänomen in den westlichen Industriestaaten betrachtet werden.

Der Agenda-Prozess in den Ländern des Südens weist dagegen keine ausgesprochenen Umweltprioritäten auf, vielmehr spielen Umweltbildungs- und Kommunikationsprozesse eine stärkere Rolle, mit der Folge, dass die Akteursgruppen vielfältiger sind und die Veränderungsbereitschaft größer ist. Ebenfalls höher gewichtet werden Prozesse der Bürgerbeteiligung sowie die Entwicklung von Leitbildern, wobei allerdings deren Umsetzung in konkrete und „gute“ kommunalpolitische Entscheidungsfindungsprozesse im Sinne von *good governance* ebenso schwierig erscheint wie in deutschen Kommunen. Die wirtschaftliche Entwicklung besitzt nicht den primären Fokus, wie dies zum Teil angenommen wird, vielmehr stehen eher soziale Aspekte im Vordergrund (Brunold 2003: 516).

Ein Vergleich deutscher Kommunen mit denen des Südens räumt deswegen alte Vorurteile aus. Kommunen in Ländern des Südens haben deutlich größere Erfolge zu verzeichnen, als dies gemeinhin angenommen wird, was mit einer verzerrten Wahrnehmung des eurozentrisch geprägten Weltbildes aber auch mit dem größeren Problemdruck zusammenhängen mag, dem diese Kommunen in vielerlei Hinsicht unterliegen. Nicht zuletzt hatten die Länder des Nordens auch bedeutend mehr Zeit, finanzielle Mittel und technisches Know-How zur Verfügung, um auf die veränderten umwelt- und sozialpolitischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten zu reagieren sowie entsprechende Krisenmanagements aufzubauen.

Während sich in Deutschland Agenda-Initiativen meist als *Bottom-up Prozesse* relativ spät von der kommunalen Ebene heraus entwickelten, sind es in den Ländern des Südens vor allem die großen supranationalen und internationalen Organisationen, die als Ideengeber und treibende Kräfte der kommunalen Stadtentwicklung in Erscheinung treten und ihre Programme eher als *Top-down Prozess* implementieren.<sup>3</sup> Dabei trägt insbesondere die Mitgliedschaft in Agenda-Netzwerken zum Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie zur Projektzusammenarbeit bei.

In den Ländern des Südens können die Chancen für Lokale Agenda-Prozesse insgesamt als aussichtsreicher eingeschätzt werden, da deren 'Hebelwirkung' größer erscheint. Agenda-Prozesse haben dort auch eine große Entlastungswirkung, um aus der Verantwortung für die eigenen Missstände heraus- und über Handlungsdefizite hinwegzuhelfen. Daneben hat eine Lokale Agenda auch eine nicht zu unterschätzende Demokratie stiftende Bedeutung, denn gewünschte Veränderungen in der Stadtentwicklungspolitik oder auch die Chancen zu institutionellen Reformen werden durch sie im Süden weitaus stärker erwartet als im Norden. Obwohl politische Systeme dort eher

3 Zu nennen sind hier vor allem die UN-Sonderorganisationen UNEP und UNCHS (Habitat) mit ihren bedeutenden Netzwerken sowie auch ICLEI (International Council of Local Environmental Initiatives).

zentral verortet sind, leistet sie einen erheblichen Beitrag zur Dezentralisierung dieser Länder.

## **Zusammenfassung und Ausblick: Die Lokale Agenda 21 – Kommunales Bildungs- und Handlungsprogramm mit neuen Chancen?**

In dem zunehmend globalisierten Lebensumfeld der Kommunen zeigt sich, dass es weltweit gemeinsame „Schlüsselprobleme“ gibt. Im Prinzip sind es alle Bereiche, die im Wohlstandsmodell des Nordens als nachahmenswert erscheinen, so dass diese Probleme sich weltweit immer mehr angleichen. Entsprechend steigen im Süden die Kosten für Nachsorgemaßnahmen und Umweltreparaturen – neben der Bewältigung elementarer Grundbedürfnisstrategien – stark an. Allgemein lässt sich konstatieren, dass Globalisierungsprozesse nicht nur die Vereinheitlichung der Kulturen fördern, sondern auch Probleme der Stadtentwicklung ähnlich bewertet werden, so dass sich im Lokalen auch der globale Maßstab spiegelt. Unterschiede in der Bewertung ergeben sich jedoch in Form der Partizipation der Bevölkerung.

Der Weg zu einer Lokalen Agenda verlangt von den Akteuren eine Rückbesinnung auf das grundlegende Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Verwaltung, denn die Bürger sind diejenigen, in deren Auftrag und für deren Ziele die Verwaltung Maßnahmen entwickelt und umsetzt. Damit wird auch deutlich, dass eine Lokale Agenda – sollte sie ernst genommen werden – keine Veranstaltung sein darf, die als rechtlich unverbindlich angesehen wird. Das Ziel ist die Bürgerkommune (KGST-Bericht 1999: 3ff.). Dazu gehören selbstverständlich auch direkte demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten zwischen den Wahlen, die neben einem Antragsrecht in den Kommunalparlamenten auch Petitionen und Widerspruchsrechte beinhalten sollten.

In deutschen Agenda-Kommunen ist derzeit ein Rückzug bürgerschaftlicher Aktivitäten zu erkennen, und der Schwung der vergangenen Jahre droht zu „verpuffen“. Ein Großteil der Kommunen befindet sich in einem Stadium, in dem die Lokale Agenda als „zeitlich begrenzter Input“ betrachtet werden kann (vgl. Born/Kreuzer 2002). Nach einer anfänglichen drei- bis vierjährigen Mobilisierungsphase hat diese an Attraktivität verloren. Es stellt sich nun die Frage, wie Agenda-Prozesse institutionell so verankert werden können, dass sie dauerhafte Lern- und Veränderungsprozesse für eine nachhaltige Kommunalentwicklung in Gang setzen (vgl. Bundesregierung 2002). Hier sind nicht zuletzt auch die Bestrebungen der UNESCO-Weltdekade einer Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Fokus zu nehmen, die eine Kooperation zwischen horizontaler und vertikaler bzw. aktorenbezogener und lokaler sowie internationaler Ebene ausdrücklich fordert und damit die Kontinuität der Weltgipfel im Be-

reich der internationalen Bildungspolitik fortsetzt. Gleichmaßen kommunal wie auch global ausgerichtete Lernanforderungen sowie die Notwendigkeit der Vermittlung nachhaltiger Gestaltungs- und Handlungskompetenzen fallen damit im Grunde genommen zusammen und bestätigen damit aufs Neue die bereits abgegriffen erscheinende Formel des *globalen Denkens und lokalen Handelns*.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass sich angesichts der mangelnden Akzeptanz zur Umsetzung auch politisch „harter“ Themen das Freiwilligkeitsprinzip zur langfristigen Implementierung der Lokalen Agenda gerade in Deutschland als unzureichend erwiesen hat. Es fehlt deutlich an der politischen Legitimation und Unterstützung der Agenda-Prozesse durch die Kommunalverwaltungen, die – sollen sie zum Erfolg führen – stetig erneuert und aufrechterhalten werden müssen. Auch die Nachhaltigkeitsdebatte der Bundesregierung durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung brachte den Diskurs über die lokale Umsetzung der Agenda 21 nicht weiter. Dies ist in nordeuropäischen Kommunen stärker der Fall, wo die Unterstützung durch staatliche Institutionen evident größer ist.

Verglichen mit den Maßstäben, die die Agenda 21 im Jahr 1992 anlegte, muss die Bilanz nicht nur für die deutschen, sondern auch für die weltweiten Agenda-Prozesse ernüchternd ausfallen. Nach wie vor dominieren kurzfristige und sektorale Handlungsprogramme die Politik, so dass ein lokaler wie globaler „Generationenvertrag“ noch nicht erkennbar ist. Die Frage, wer von Bürgerschaft, Gemeinderat und Verwaltung angesichts der drängenden Zukunftsaufgaben die Initiative zu ergreifen hat, stellt sich nach dem Auftrag von Rio aber nicht. Die Bringschuld der Verwaltungen verpflichtet diese zusammen mit den gewählten Gremien und im Interesse der Bürgerschaft hier eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung auf möglichst vielen kommunalen Themenfeldern einzulösen.

## Literatur

- Alemann, U. von (1996): Die Parteien in den Wechsel-Jahren? Zum Wandel des deutschen Parteiensystems. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 6, 3-8.
- Barbier, E. (1987): The Concept of Sustainable Economic Development. In: *Environmental Conservation*, Vol. 14, 2, 101-110.
- Born, M. (1997): Handlungsleitfaden zur Entwicklung eines kommunalen Nachhaltigkeitsindikatorensystems im Rahmen der Lokalen Agenda 21. Econtur, Internationale Agentur für nachhaltige Projekte GmbH. Bremen.
- Born, M./Kreuzer, K. (2002): Nachhaltigkeit Lokal. Lokale Agenda 21 in Deutschland. Eine Zwischenbilanz 10 Jahre nach Rio. Bonn.
- Brunold, A. (1998): Lokale Wege zukunftsverträglichen Handelns. Hintergründe und Analysen zu kommunalen und umweltpolitischen Themen in Backnang und der Region Stuttgart. Remshalden.

- Brunold, A. (2000a): Harte Themen. In: Der Gemeinderat, 43. Jg., 29.
- Ders. (2000b): Nachhaltiges Flächenmanagement als regionale und lokale Aufgabe. In: R. Reschl/E. Proschek/W. Hermann: Lokale Agenda 21 – Anstöße zur Zukunftsfähigkeit. Handreichung für eine reflektierte Handlungspraxis. Stuttgart, 115-124.
- Ders. (2001): Kommunale Bildungsprozesse und bürgerschaftliches Engagement. Zur Akzeptanz der Lokalen Agenda 21 in Deutschland. In: Die Neue Verwaltung. Zeitschrift für modernes Management und Wirtschaftlichkeit in der öffentlichen Verwaltung, 9. Jg., 25-27.
- Ders. (2003): Nachhaltige Entwicklung als Herausforderung und Konzept einer innovativen kommunalen Außenpolitik: Die Lokale Agenda 21. In: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht. Beiträge zur rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Umweltforschung, 26. Jg., 499-517.
- Ders. (2004): Globales Lernen und Lokale Agenda 21. Aspekte kommunaler Bildungsprozesse in der „Einen Welt“. Wiesbaden.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1997): Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente und Agenda 21. Bonn.
- Dass. (1998): Handbuch Lokale Agenda 21. Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen. In Zusammenarbeit mit ICLEI und dem Umweltbundesamt. Bonn.
- Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland. Berlin.
- Caldwell, L. (1984): Political Aspects of Ecologically Sustainable Development. In: Environmental Conservation, Vol. 11, 299-308.
- Claußen, B. (1997): Politische Bildung. Lernen für die ökologische Demokratie. Darmstadt.
- De Haan, G. (1995): Perspektiven der Umwelterziehung/Umweltbildung. In: DGU-Nachrichten Nr. 12. Hamburg, 19-30.
- Deutscher Bundestag (1993): Stärkung der kommunalen Nord-Süd-Arbeit. Forderungen der Lokalen Agenda 21. Umsetzung der Charta von Berlin. Bundestagsdrucksache 12/6263 vom 26.11.1993. Bonn.
- Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (1994): Schutz des Menschen und der Umwelt. Die Industriegesellschaft gestalten. Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen. Bonn.
- Dies. (1997): Schutz des Menschen und der Umwelt. Konzept Nachhaltigkeit. Fundamente für die Gesellschaft von morgen. Bonn.
- Feindt, P. (1997): Kommunale Demokratie in der Umweltpolitik. Neue Beteiligungsmodelle. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27, 39-46.
- Gessenharter, W. (1996): Warum neue Beteiligungsmodelle auf kommunaler Ebene? Kommunalpolitik zwischen Globalisierung und Demokratisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50, 3-13.
- Hauff, V. (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven.
- Hermanns, K. (2000): Die Lokale Agenda 21. Herausforderung für die Kommunalpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 10-11, 3-12.
- ICLEI – International Council for Local Environmental Initiatives (1996): Kommunen und nachhaltige Entwicklung – Beiträge zur Umsetzung der Agenda 21. In: Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. Bonn.

- Johannesburg Call (2002): Eine Erklärung von Kommunen der Welt beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Johannesburg.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (1999): KGST-Bericht Bürgerengagement – Chance für Kommunen. Köln.
- Krumm, R. (1999): Der Lokale Agenda 21-Prozeß in Deutschland. Einige wirtschaftswissenschaftliche Anmerkungen. In: Materialienband 2.F des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse am Forschungszentrum Karlsruhe GmbH. Karlsruhe, 1-15.
- Majer, H. (1998): Regionale und lokale Umsetzungsmöglichkeiten. Das Beispiel Ulmer Initiativkreis nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. In: Der Bürger im Staat. 48. Jg., 109-113.
- Meyers, R./Waldmann, J. (1998): Der Begriff „Sustainable Development“. Seine Tauglichkeit als Leitfigur zukünftiger Entwicklung. In: Engelhard, K.: Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Ein Beitrag zur Lokalen Agenda 21. Münster, 287-306.
- Mühlich, E. (2000): Lokale Agenda 21, lokale Integrations- und lokale Integrationspolitik – drei komplementäre Aufgaben im Mehrebenen- und Mehrfeldersystem von Politik, Ökonomie und Kultur. In: H. Heinelt/E. Mühlich: Lokale Agenda 21 – Prozesse. Städte und Regionen in Europa. Wiesbaden, 277-301.
- Müller-Christ, G. (1998): Die Gestaltung eines beteiligungsorientierten Agendaprozesses. In: Derselbe: Nachhaltigkeit durch Partizipation. Bürgerbeteiligung im Agendaprozeß, Sternenfels, 141-200.
- Niemann, S. (1997): Lokale Agenda 21 – Umsetzung in Städten und Gemeinden. In: H. Walcha/K. Hermann: Tagesordnung mit Zukunft. Die Lokale Agenda 21. Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bereich Forschung und Beratung. Sankt Augustin, 9-67.
- Pettenkofer, A. (2001): Paradigmenwechsel in der politischen Ökologie? Zur deutschen Diskussion über die Lokale Agenda 21. Discussion Paper FS II 01-303. Wissenschaftszentrum für Sozialforschung. Berlin.
- Reschl, R. (2000): Lokale Agenda 21 – Bürgerbeteiligung versus Gemeinderat? In: R. Reschl/E. Proschek/W. Hermann: Lokale Agenda 21 – Anstöße zur Zukunftsfähigkeit. Handreichung für eine reflektierte Handlungspraxis. Stuttgart. 178-183.
- Ruschkowski, E. von (2002): Lokale Agenda 21 in Deutschland – eine Bilanz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32, 17-24.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen (1994): Umweltgutachten. Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung. Bundestagsdrucksache 12/6995. Stuttgart.
- Volger, H. (1994): Die Vereinten Nationen. München.
- Volkert, J. (1998): Politisch-institutionelle Voraussetzungen schaffen. Nachhaltigkeit als Frage der politischen Durchsetzbarkeit. Eine Analyse der Interessenlagen mit Hilfe der Neuen Politischen Ökonomie. In: Der Bürger im Staat, 48 Jg., 73-77.
- Zimmermann, K.-O. (2003): Local Action 21. Motto – Mandate – Movement in the post-Johannesburg decade. ICLEI Freiburg.
- Zimmermann, M. (1997): Lokale Agenda 21. Ein kommunaler Aktionsplan für die zukunftsbeständige Entwicklung der Kommune im 21. Jahrhundert. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27, 25-38.